



keit dieses Schrittes konnte sich wohl keiner so richtig entziehen. Schließlich geht es um Geld, der einzige Wert in ihrem System, das Kapital der Finanzindustrie – mehr als einmal haben sich die Demokraten als zu unfähig erwiesen, als dass Sie auf einmal glaubhaft verkünden könnten, sie seien in der Lage, den wirklich Mächtigen neue Regeln im Wechselspiel des Schuldenmachens und Schuldenbegleichens aufzuerlegen.

Doch nachdem man sich von dem drohenden Zusammenbruch des Bankenwesens mit insgesamt 39 Milliarden Euro freikaufte und Banken wie der maroden Hypo Real Estate bereitwillig Garantien in dreistelliger Milliardensumme zusicherte, war man allmählich in Zugzwang geraten. Es galt zumindest den Schein zu wahren. Also folgte dem Restrukturierungsgesetz das große Schulterklopfen. Die Demokraten stimmten optimistisch, schließlich hatte man etwas „dagegen“ getan, die Regierung gab sich handlungsfähig, man bot den Bänkern die Stirn.

„Das kann nicht alles auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen werden“, mahnte Westerwelle, damals noch

im Amt des FDP-Parteivor-sitzenden. „Es wird sicher ein Milliardenbetrag werden“, war sich Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sicher.

Selbst auf der Webseite der Bundesregierung verkündete man nahezu triumphierend:

„Rettungsmaßnahmen bei Banken zu Lasten des Steuerzahlers wird es in Zukunft nicht mehr geben.“

Nun war die Abgabe das erste Mal fällig und der Traum von der Handlungsfähigkeit der Demokraten platzte wie die US-Hypothekenblase, mit der 2007 die Krise sichtbar wurde. Lediglich 600 Millionen Euro Einnahmen statt der veranschlagten 1,3 Milliarden - weniger als die Hälfte. Die Bankenabgabe als Instrument zur Finanzierung zukünftiger Rettungsprogramme ist ein Flop, die Demokraten haben sich verrechnet - das konnte ja wirklich keiner kommen sehen.

Wo die Demokraten sich bemühten, kompetentes Handeln zu propagieren, tritt erneut lediglich Misslingen und Scheitern ans Tageslicht. Ihr Regieren gleicht mehr und mehr der homöopathischen Behandlung eines kurz

vor dem Ableben stehenden Kranken, bei der - wenn überhaupt – lediglich die Hoffnung auf eine Besserung das Handeln bestimmt, eine nachweisbare Wirksamkeit jedoch nahezu ausgeschlossen werden kann.

Die Kosten der Behandlung steigen derweil ins Unermessliche. Flossen vor kurzem noch Milliarden um Banken künstlich am Leben zu halten, versucht man heute mit fiktiven Billionenbeträgen ganze Währungszone aus dem Abgrund zu hebeln. Jedoch wird auch irgendwann der Zeitpunkt gekommen sein, an dem sie selbst der Verwaltung des Untergangs ihres Systems nicht mehr gewachsen sein werden.

Dieses System steht vor der Zahlungsunfähigkeit und dem totalen Bankrott. Es muss im selbst verursachten Chaos mit allen notwendigen Begleiterscheinungen enden und es muss jedem klar werden, dass die Demokraten für den Niedergang verantwortlich waren und vor allen Dingen: dass das System scheitern musste – erst dann kann nach dem Wegräumen der Trümmer ein wirklich neues und tiefes Fundament für einen neuen hohen Bau errichtet werden.

Demokratieunterricht für die Landbevölkerung

Die Brandenburger sind der Demokratie müde. Das geht aus einem Gutachten für die Enquete-Kommission des Landtages hervor und wird demnach vor allem an der niedrigen Wahlbeteiligung bei Bundes- und Europawahlen und dem geringen Interesse an Parteimitgliedschaften deutlich. Als Ursache erkennt der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht in seiner Expertise den demografischen Wandel und die Abwanderung der jüngeren Generation. Es sei jedoch auch ein „Demokratie-Gefälle“ zu erkennen, das mit dem vom Berliner Umland zu den Randregionen stagnierenden „Wohlstandsgefälle“ einhergehe. Daher empfiehlt

Jaschke, dass die Regierung „Anstrengungen unternehmen muss, um die Demokratisierung in den Randlagen zu beschleunigen“. Dabei schweben ihm schulische und außerschulische politische Bildungs- und Fortbildungsangebote vor - also eine Art Staatsbürgerkundeunterricht zur Demokratisierung der Landbevölkerung, wie in den besten Jahren der DDR.

Doch damit dürfte er bei den Demokraten auf taube Ohren stoßen, denn tatsächlich sind Aktivitäten von unten nach oben nicht erwünscht. Die Leitidee der Demokraten war es schon seit den Geburtsjahren der Republik, dass ihre politische Stabilität politische Apathie in der Bevölkerung voraussetzt. Natürlich

nicht bis zur Wahlenthaltung, doch das Monopol der Parteien darf von außen nicht angetastet werden - auch nicht vom Volk.

Eine Mitbestimmung soll nur aus den Parteien heraus möglich sein und setzt voraus, dass der Mitbestimmende einen Prozess durchläuft, an dessen Ende keine Abweichungen der vorherrschenden Auffassung mehr möglich ist und den wohl nur der fragwürdigste Charaktertyp übersteht. Gefahren werden darum in plebiszitären Ereignissen gesehen. Nicht nur in direkten Volksabstimmungen, sondern vor allem in Demonstrationen, in Streiks, in außerparlamentarischen Aktionen, mit denen es der Massen gelingt, einen direkten Machtdruck auszuüben, sodass ohne ihre physische Zustimmung nicht mehr regiert werden kann.



Demokratie leben.

Der Mensch, der mit seiner Situation unzufrieden wird und seine Auffassungen außerhalb der vorgeschriebenen Formen vertreten will, gilt daher als störend.

Erst recht, wenn er nicht nur für seine Interessen als Individuum, sondern durch seine Teilnahme an der Verwirkli-

chung der Interessen von Gemeinschaften wirkt. Er bleibt daher besser auf die Beteiligung an Wahlen beschränkt, bei denen es darum geht, eine Lizenzpartei zur Regierung zu befähigen, die dann durch das „Volk“ legitimiert Verträge unterzeichnen kann, deren Inhalte dieses Volk nicht einmal genau kennt.

Im Sog der Finanzmärkte

Deutschland im Jahre 2011: Jeder Dritte hat kein Vertrauen mehr in die Stabilität des Euro und fürchtet eine massive Geldentwertung. Die Europäische Zentralbank senkt ihren Leitzins abermals auf ein Rekordtief von 1,0 Prozent und in Brüssel versuchten Merkel und Sarkozy mit einer Änderung des Lissabon-Vertrags die Finanzmärkte zu beruhigen. Der Plan droht zu scheitern und verdeutlicht gleichzeitig die Hilflosigkeit des herrschenden Systems. Denn in der Tat liegt eine wesentliche Ursache für die Zerstörung unseres Lebens in der Kreditwirtschaft.

Um das zu verstehen, muss man sich einmal das derzeitige Staatsgefüge vorstellen. Der Staat als Autorität verlangt von seinen Bürgern, dass sie den „Gürtel enger schnallen“ sollen, dass sie

mehr leisten und mehr zahlen müssen und dass sie sich mit weniger Rente und weniger Arbeitslosengeld zufrieden geben. Aber derselbe Staat bittet gleichzeitig bei Privatbanken darum, neue Kredite zu erhalten und bekommt auch Geld geliehen, das diese Banken oder deren Anleger nicht durch Arbeit, sondern oft durch Spekulationen „verdient“ haben, die im Zweifel zu Lasten der Bevölkerung ertrickst worden sind.

Und damit nicht genug: Der Staat nimmt also die Kredite der Privatbanken und garantiert auch die Rückzahlung mit Zinsen über Zinsen - im Zweifel auch die Rückzahlung der anderen europäischen Staaten. Die Garantie für die Rückzahlung ist natürlich wiederum die arbeitende Bevölkerung und hinzu kommt,

Leider dürfen wir nicht vermuten, dass aus diesem Grunde immer weniger Brandenburger zu den Wahlurnen gehen um dort zu „falten“ – denn sonst bestünde sogar die berechtigte Hoffnung, es könne sich durch eine Wahl etwas zum Besseren hin ändern.

dass die höheren Ausgaben für die Zinsen durch Steuererhöhungen oder neue Steuern „erwirtschaftet“ werden.

So wird das ganze Volk erneut belastet und jene, die sowieso schon wenig Geld haben, müssen zusätzlich die Last der Staatsschulden zugunsten der Privatbanken tragen und zusätzlich Gewinne für die Anleger generieren. So wurden aus souveränen Staaten abhängige Schuldner und Wirtschaftskonzerne gemacht, zu deren Angestellten die Parlamentarier herabgesunken sind – so bestimmen private Finanzgelüste heute über das Schicksal von Millionenvölkern!

Der Staat und damit auch das Volk ist erpressbar geworden. Wollte man das ändern, müsste ein Kampf um die Machtzentralen der Finanzwirtschaft geführt werden, der zuletzt erreicht, dass der Staat sein Herrschaftsrecht

über den Kredit und das Geldschöpfungsrecht zurückgewinnt.

Bereits heute muss mehr als ein Drittel der Staatseinnahmen für Zinszahlungen aufgewendet werden. Die Staatsverschuldung lässt schon seit Jahren keine Tilgung der Kredite mehr zu – wird ein Kredit fällig, werden neue Kredite aufgenom-

men – bei Privatbanken wie „Morgan Stanley“, „Goldman Sachs“ oder der „Deutschen Bank“. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis auch die Zinsen nicht mehr vollständig bezahlt werden können, obwohl die Steuern weiter bis zum Erbrechen erhöht und die Sozialleistungen gestrichen werden. Was das im Zweifel dann bedeutet, ist nicht genau vorhersagbar

– doch Glückseligkeit und Freiheit werden es sicherlich nicht sein. Und merkwürdig mutet es an, dass da zwar jahrzehntelang bis heute immer so lautstark das „Böse“ bekämpft wurde und die „Guten“ immer neue Erfolge vorweisen konnten – dass es aber den „Guten“ trotzdem nicht gelang, eine wirklich gerechte und soziale Ordnung zu errichten...

600 Millionen statt 1,3 Milliarden - weniger als die Hälfte

Als Instrument zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sollte sie dienen. Die leere Staatskasse sollte durch sie entlastet werden. Ein Zeichen sollte sie setzen - ein Zeichen gegen die Zockerei der Großbanken auf Kosten der Steuerzahler. Der erste Schritt zur Einführung des Verursacherprinzips in den Finanzmärkten.

Die Rede ist von der sogenannten Bankenabgabe. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine - im Zuge des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Restrukturierungsgesetzes eingeführte - Gebühr, welche Kreditinstitute in Deutschland jährlich in einen sogenannten „Restrukturierungsfonds“ einzahlen müs-

sen. Statt Steuergelder sollen zukünftig die Mittel dieses Fonds dazu dienen, Maßnahmen zur Stabilisierung von in Not geratenen Banken zu finanzieren. Die Kredit-

wirtschaft soll im Falle einer Schiefelage für die eigene Rettung selbst aufkommen.

So lobenswert die Idee auch klingen mag, so sehr die Absicht genau den Nerv der für kriselnde Banken gebeutelten Deutschen auch trifft, Zweifel an der Nachhaltig-

Auf Dich kommt es an!

Wenn Du das Spreelichter-Infoblatt zum ersten Mal in den Händen hältst, ist das schon ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Werde Teil der Widerstandsbewegung, indem Du das hier Gelesene anderen weitervermittelst. Nimm Kontakt zu bereits aktiven Gruppen in Deiner Stadt auf und beteilige Dich an den Diskussionsprozessen im Netz. Das System muss in seiner

charakterlichen Haltung scharf gezeichnet und mit allen Fehlern und aller Unfähigkeit so deutlich skizziert werden, dass jeder erkennen kann, dass es dem Untergang geweiht ist.

Weitere Informationen findest Du im Netz unter:

www.spreelichter.info

Nachdruck erlaubt und erwünscht!